

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates

Datum: 18. Dezember 2018

Beginn: 19:10 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 22:35 Uhr

Anwesend:

Erster Bürgermeister

Seidl, Norbert

Zweiter Bürgermeister

Zöllner, Rainer

Dritter Bürgermeister

Salcher, Thomas

Mitglieder des Stadtrates

Burkhart, Michael

Eger, Christine

Ehm, Rosmarie

Färber, Sabrina

Fruhner-Weiß, Ramona

Gigliotti, Gisella

Hofschuster, Thomas

Hoiß, Günter

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

Ostermeier, Maria

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Schemel, Benjamin

Sengl, Manfred, Dr.
Sippel, Dorothea
Stricker, Hans-Georg
Strobl-Viehhauser, Sonja
Unglert, Theresa
von Hagen, Michaela
Weber, Petra
Wiesner, Marga
Winberger, Lydia
Wuschig, Wolfgang

Berufsmäßige Stadträte

Heitmeir, Harald
Tönjes, Jens

Schriftführer/in

Bock, Katharina

Abwesende und entschuldigte Personen:

Mitglieder des Stadtrates

Olschowsky, Christian

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Sanierung des 50m-Schießstands im Puchheimer Sportzentrum	2018/0807
TOP 5	Investitionskostenzuschuss für den TC Puchheim e. V.	2018/0799
TOP 6	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019	2018/0826
TOP 7	Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2014, Teilbericht Bauwesen; Stellungnahme der Verwaltung	2018/0821
TOP 8	Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein, hier: Kostensituation	2018/0810
TOP 9	Bürgerpark Kennedywiese; Detailplanung Kostenfortschreibung	2018/0811
TOP 10	Mittelschule Nebengebäude – Sanierung Kellergeschoss	2018/0812
TOP 11	Schulzentrum Gernerplatz; Erneuerung der Schließanlage	2018/0816
TOP 12	Umgestaltung des Restaurants im PUC: Projektgenehmigung	2018/0814
TOP 13	Vergabe der Anmietung und Wartung von Drucker- und Kopiersystemen für die Stadtverwaltung	2018/0825
TOP 14	Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage in der Stadt Puchheim	2018/0815
TOP 15	Mitteilungen und Anfragen	

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Stadtrat Olschowsky sei entschuldigt, sonst seien alle Stadträte anwesend. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Tagesordnung gab es nicht. Die Niederschrift der Stadtratssitzung vom 20.11.2018 wurde genehmigt.

TOP 2 Aktuelle Viertelstunde

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters

Bekanntgaben gab es keine.

TOP 4 Sanierung des 50m-Schießstands im Puchheimer Sportzentrum

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein, die bereits im Kultur- und Sportausschuss in dessen Sitzung vom 12.11.2018 diskutiert worden sei. Es sei angesichts der sich neu ergebenden Umstände zu überdenken und zu diskutieren, ob die Kosten für die Sanierung im Verhältnis zu den Nutzerzahlen noch vertretbar seien. Er selbst könne dieses Verhältnis trotz Wichtigkeit der Unterstützung des Vereinssports nicht mehr vertreten und werde daher gegen die Sanierung stimmen. Die Entscheidung habe für die anderen Schützenvereine keine negativen Auswirkungen, da diese auf den Schießstand nicht angewiesen seien. Dass der Verein sein Mitfinanzierungsangebot zurückziehen musste, offenbare die Nachfrage. Stadträtin Wiesner führte als Sportreferentin aus, dass es sich um eine schwierige Entscheidung handle, die jeder selbst zu treffen habe. Seit über zehn Jahren stehe die Erneuerung des Schießstandes in der Diskussion. Offen bleibe, was mit dem Raum geschehen solle und wie die Vereine anderweitig unterstützt und gefördert werden könnten. Stadtrat Dr. Sengl wies darauf hin, dass in Puchheim stets viel Geld für Sport zur Verfügung gestellt worden sei, wie beispielsweise für den neuen Kunstrasenplatz. Die jetzt vorgerechneten Ausgaben halte seine Fraktion jedoch nicht mehr für verhältnismäßig. Käme es zu einer Ablehnung des Aufhebungsbeschlusses, werde die Fraktion dem Haushalt 2019 nicht zustimmen. Stadtrat Hofschuster betonte die Bedeutung der Tradition der Sportschützen und wies darauf hin, dass eine sorgsame Abwägung angemessen sei. Die Fraktion bleibe dabei, die Anlage zu sanieren. Man sehe in der Sanierung eine Erhaltung der Schützenkultur und die Summe als gerechtfertigt an. Man dürfe die Entscheidung nicht an der Nutzerzahl ausrichten, sondern sich an der Gesamtbedeutung des Schützensports orientieren. Es sei zu

untersuchen, ob nicht ein privatwirtschaftlicher Investor gesucht werden könne, der die Sanierung übernehme. Zudem brauche man zum Training als Sportschütze eine entsprechende Schießanlage zum Schutz von Schützen und Allgemeinheit. Die Teilanlage sei weiter ein Alleinmerkmal Puchheims. Sportstatistiken belegten, dass der Schießsport einen wichtigen Teil des Vereinslebens darstelle. Wenn die Anlage saniert sein wird, werde sie auch umfangreicher genutzt werden. Stadtrat Leone führte aus, dass die Sanierungskosten sehr hoch seien. Man habe der Sanierung unter den Bedingungen eine höherer Pacht und besserer Auslastung der Anlage zugestimmt. Dabei habe man sich gewünscht, dass die Großkaliberschützen ein tragfähiges Konzept vorlegen. Dass dies nicht möglich sei bedaure er, da das Vereinsleben in Puchheim eine wichtige Rolle spiele. Zum derzeitigen Zeitpunkt könne er der Sanierung aufgrund der vorliegenden Fakten nicht zustimmen. Stadtrat Dr. Koch teilte mit, dass die Fraktion aus grundsätzlichen und finanziellen Gründen dem Antrag auf Aufhebung des Beschlusses zustimme. Komme es zu einer Ablehnung des Beschlusses, werde die Fraktion dem Haushalt 2019 nicht zustimmen. Stadtrat Hoiß stellte die Erfolge des Vereins, der einige Deutsche Meister hervorgebracht habe, heraus. Die im Stadtrat und in der Öffentlichkeit diskutierte grundsätzliche Gefährlichkeit von Großkaliberwaffen habe leider dazu geführt, dass diese Erfolge verschwiegen wurden. Seines Wissens dürften auch die Kleinkaliberschützen ohne Sanierung nicht mehr in der Anlage schießen. Egal welche Nutzung auch vorgesehen sei, eine vorschriftsmäßige Lüftung müsse immer eingebaut werden, so dass der Anteil für den Aufpreis der Großkaliberschützen lediglich bei maximal 80.000 bis 100.000 Euro liege und nicht wie immer propagiert werde, dass die Gesamtkosten in Höhe von rund 500.000 Euro ausschließlich für die Großkaliberschützen aufzubringen wären. Stadträtin Eger ergänzte, dass die Großkaliberschützen zu anderen Vereinen abwandern müssten. Wenn der Sanierung zugestimmt werde, solle die Stadt selbst aus Gerechtigkeitsgründen den Belegungsplan aufstellen. Der Vorsitzende fügte an, dass die Entscheidung sicher keine leichte sei.

Beschluss

Der Stadtratsbeschluss vom 25.04.2017 über die Sanierung der 50m-Schießanlage des Sportzentrums wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: Ja 20 Nein 9 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 5 Investitionskostenzuschuss für den TC Puchheim e. V.

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein. Die von dem Tennis-Club Puchheim e.V. benannte Ursache des Schadenseintritts durch Fremd-LKW-Nutzung werde vom Bauamt zwar etwas anders beurteilt, da der Verein aber stets gut wirtschaftete, spreche er sich für die Bezuschussung aus. Die Bezuschussung des Kreises sei nicht Thema des Beschlusses. Herr Heitmeir erläuterte, dass sich der Zuschussbetrag der Beschlussvorlage auf 50.000,00 Euro erhöht habe, im Verhältnis zu einem Eigenanteil von 25.000,00 Euro. Für die Behebung der Schäden im Bereich des Tunnels beliefe sich der

Schaden auf 64.000 Euro Brutto, für die defekte Hebeanlage entstünden Kosten in Höhe von 11.000,00 Euro. Somit sei die Gesamtinvestitionssumme auf nunmehr 75.000,00 Euro brutto für beide Investitionen angestiegen. Die Kostenangebote seien realistisch. Die Straße zu den Bürgerstuben sei laut Pachtvertrag stets für eine Drittnutzung offen und nach diesem auch zu unterhalten. Stadtrat Leone erfragte, ob die Kosten für die Hebeanlage tatsächlich in den Gesamtkosten einbezogen seien, was von Herrn Heitmeir bejaht wurde. Stadtrat Hofschuster mahnte, dass sich aus der Beschlussvorlage nicht ergebe, warum die Stadt in der konkreten Höhe eine Bezuschussung genehmigen sollte. Die Beilegung des Erbpachtvertrags wäre wünschenswert gewesen, um später die werterhöhenden Investitionen bei der Ablöse einschätzen zu können. Weiter sei es eine Subventionsentscheidung, die grundsätzlich diskutiert werden könnte. Herr Heitmeir antwortete, dass der Erbpachtvertrag darlege, dass die Baugesamtlast für den Tunnel beim TC Puchheim liege. In Zukunft werde man auch über die Laufzeit und wesentlichen Punkte von Erbpachtverträgen zu informieren. Der Antrag zur Subventionierung des Tennis-Club Puchheim e.V. wurde konkret übernommen, über andere Subventionierungen könne man diskutieren. Stadtrat Leone erkundigte sich, ob der Tennis-Club Puchheim e.V. mehrere Angebote zur Schadenseinschätzung eingeholt habe. Herr Heitmeir antwortete, dass der Stadt nur ein Angebot vorläge, die Verwaltung dieses aber mit vergleichbaren Arbeiten verglichen habe. Der Tennis-Club Puchheim e.V. habe zudem ein Eigeninteresse die Kosten möglichst gering zu halten. Stadtrat Hoiß wies darauf hin, dass die Zufahrt eine offizielle Feuerwehrezufahrt sei und in ihrer Funktion als solche gesichert werden müsse.

Die Vorstände des Tennis-Club Puchheim e.V., Herr Heydkamp und Herr Nielsen ergänzten zu ihrem Zuschuss-Antrag für das Haushaltsjahr 2019, dass der Verein das eingeholte Angebot mit dem Angebot der ursprünglich vorgesehenen Arbeiten an die Stadt Puchheim in Höhe von 30.000,00 Euro verglichen habe. Die Mehrkosten seien in der Sanierung der Regenwasserabführung und der Aufbereitung des vorhandenen Bodenmaterials begründet und überraschend zu Tage getragen. Weiterhin haben der Verein das Angebot von einem Vereinsmitglied, welches im Tiefbau leitend tätig ist, auf Einsparungsmöglichkeiten überprüfen lassen. Auch die Kostenangebote für die Hebeanlage habe man über weitere Fachunternehmen prüfen lassen. Zusammenfassend sei festzustellen, dass bezüglich der durchzuführenden Maßnahmen korrekt angeboten worden seien und keine oder nur unwesentliche Einsparungen möglich seien. Die Schäden am Tunnel seien wohl durch die Auslieferung der LKW, die die Bürgerstuben seit Jahren belieferten, entstanden. Die Feuerwehrezufahrt werde selbstverständlich als solche gesichert.

Stadtrat Hofschuster beantragte, dass im Rahmen der Zuschussgewährung vereinbart wird, dass diese werterhöhende Maßnahme nicht noch einmal vergütet werde. Der Vorsitzende stimmte dem zu.

Beschluss

Dem Tennis-Club Puchheim e. V. wird ein einmaliger Investitionszuschuss für die Sanierung des sog. Verbindungsganges in Höhe von 50.000,00 € gewährt. Über die zweckgebundene Verwendung des Zuschusses ist Verwendungsnachweis bei der Stadt Puchheim zu legen. Der Zuschuss ist an den Betrieb der Anlage gebunden und die Bindungsfrist beträgt 20 Jahre. Die notwendigen Haushaltsmittel sind im Haushaltsplan 2019 einzustellen. Im Rahmen der Zuschussgewährung wird vereinbart, dass diese werterhöhende Maßnahme nicht noch einmal vergütet wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019

Herr Heitmeir erläuterte den vorliegenden Haushaltsplan 2019 sowie die mittelfristige Finanzplanung. Die heutigen beschlossenen Tagesordnungspunkte vier und fünf müssten in diesen noch eingearbeitete werden. Geplant sei mit einem Jahresfehlbetrag von rund 4,8 Millionen Euro, der trotz guter Steu-erergebnisse aufgrund der regen Investitionen momentan nicht aufgeholt werden könnte. Im Ergeb-nishaushalt zeige sich dies vor allem an einer Steigerung der ordentlichen Aufwendungen, die zu 80 Prozent aus Steuern und Abgaben gedeckt würden. Die Personalausgaben hielten sich mit fünfzehn Prozent, die Sach- und Dienstleistungsaufwendungen mit 20 Prozent an der unteren Grenze. Die planmäßigen Abschreibungen mit zehn Prozent lägen im normalen Bereich. Größter Block seien die Transferleistungen, wobei 54 Prozent hiervon die Kreisumlage darstellten und dreizehn Prozent die Gewerbesteuerumlage. Im Finanzhaushalt habe man ein Investitionsvolumen von 11,8 Millionen Euro. Investitionsschwerpunkte seien die Verwaltung mit 20 Prozent, die Kinder- und Jugendhilfe mit 20 Prozent, die Sport- und Kulturförderung jeweils mit vier Prozent und die Schulträgeraufgaben mit 22 Prozent. Die Einnahmen regenerierten sich überwiegend aus der Gewerbesteuer mit einem Anteil von 48 Prozent und einem Einkommenssteueranteil von 40 Prozent. Da die Grundsteuer reformiert wer-den soll, sei nicht absehbar inwiefern hier gegebenenfalls auf Erträge verzichtet werden muss. Im Finanzplanungszeitraum 2020 bis 2022 sei aufgrund von deutlich steigenden Steuereinnahmen wieder mit Überschüssen zu planen. Die Steuerkraft der Stadt Puchheim sei aufgrund der hohen Gewerbe-steuereinnahmen enorm gut und über dem Durchschnitt, deswegen treffe die Stadt auch die hohe Kreisumlage. Man stehe bezüglich der Steuerkraft im Landkreis an erster Stelle und zahle zwölf Pro-zent der gesamten Kreisumlage. Der absolute ungedeckte Bedarf im Kreis steige angesichts der Her-ausforderungen seit Jahren und mithin auch die zu entrichtende Kreisumlage. Er wünsche sich, dass die anderen Kommunen im Kreis auch für eine Rücklagenbildung eintreten würden, da jede Kredit-aufnahme zu einer doppelten Belastung führe die über die Zinslast die Kreisumlage auch erhöhen

würde. Der Erhöhungsbetrag für die deutsche Einheit solle im Jahr 2020 wegfallen, so dass ab hier mit einer geringeren Gewerbesteuerumlage zu rechnen sei. Zusammenfassend bleibe ein Investitionsspielraum von ca. 20-25 Millionen Euro. Im Jahr 2020 müsse ein Darlehen in Höhe von vier Millionen Euro zur Investitionssicherung aufgenommen werden. Dies beruhe auf der bilanziellen Erfassung von bisher in der Bilanz nicht erfassten Förderdarlehen, deren tilgungsfreie Zurverfügungstellung wegfallen würde. Die Zahlungsfähigkeit sei im gesamten Finanzplanungszeitraum gegeben. Die Rechtsaufsicht prüfe, ob der Haushalt ausgeglichen sei, was hiermit erfüllt sei. Die Stadt Puchheim lebe nicht auf die Kosten der Kinder sondern lege sogar für diese zur Seite. Für die Zukunft sei vorgesorgt, so dass von dieser Vorsorge etwas für notwendige Investitionen weggenommen werden könne. Der Haushalt sei zusammengefasst sehr solide und könne Risiken gut verkraften.

Der Vorsitzende zitierte aus einem Artikel der KOMMUNAL Zeitschrift, wonach die Haushaltsplanung langfristig angegangen werden solle, wie insbesondere durch einen Grundsatzbeschluss gegen Haushaltsdefizite, das Aufstellen von Regeln für den Umgang mit Mehreinnahmen, Stärkung der Kämmerei, eine zentrale Haushaltsplanung, die Unterstützung der Kommunalaufsicht, die Überparteilichkeit der Bürgermeister und eine Haushaltsdisziplin, die von den Bürgern geschätzt werde. Sicherheit, Stabilität und Status Quo seien aktuell gern gefragte Disziplinen, Tugenden und Werte bei Bürgern und Politikern. Die Stadt Puchheim wolle als Leitlinie das Niveau hochhalten, Peaks ausgleichen und sich Handlungsspielraum sichern. Die guten Einnahmen ergäben sich hauptsächlich aus Einkommensteuer und Gewerbesteuer. Derzeit befände man sich auf Wachstumskurs und in einem allgemeinen Konjunkturaufschwung mit geringer Arbeitslosigkeit. Die Gewerbesteuer habe erstmalig 20 Millionen Euro erreicht. Der Hebesatz sei stabil und moderat. Die Grundsteuerreform bleibe abzuwarten. Eine Mieterbeteiligung empfinde er hier als ungerecht. Allgemein werde in der Politik den Bürgern zunehmend suggeriert, dass alles eine Frage des politischen Willens sei, so dass hier eine Mentalität zur Kostenlosigkeit um sich greife und gefüttert werde und bei den Kommunen zu unendlichen und nichtabschätzbaren Kostensteigerungen führe. Die grundsätzlich im Raum München gestiegenen Ausgaben würden viele Rücklagen auffressen. Über diese Kostenentwicklung reagiere man mit Empörung, entscheide langfristig jedoch großzügig über die Mittelverwendung. Dies sei in sich widersprüchlich: Als Beispiele nannte er insbesondere, dass Personalmangel durch bezahlte Akquise oder Zahlung von Zulagen ausgeglichen werde, der Bahnsteig als Minimallösung als ungenügend eingestuft werde, die Kritik an zahlreichen Gutachten und die hohen Investitionen in die neue Stadtmitte. Oberte Priorität habe es, so viel wie möglich zu gestalten bzw. umzugestalten, mit Vorsicht und Voraussicht nachhaltige Strukturen aufzubauen und die Ausgaben zu kontrollieren. Um die Kreisausgabendisziplin bezüglich neuer Verschuldungen zu stärken, wünsche er sich auf Kreisebene mehr Vertretung und Einfluss aus Puchheim. Die Stadt Puchheim sei mit vielen Handlungsaufträgen und Notwendigkeiten konfrontiert, dies sich im Haushaltsentwurf 2019 widerspiegeln. Mit ihnen solle die Grundlage für Stabilität und Sicherheit auch für zukünftige Generationen gelegt werden. Er dankte der Kämmerei und den Fachbereichen für ihre Arbeit und dem Stadtrat für gute Beratungen und vernünftige Diskussionen die zu klugen Abstimmungen geführt hätten.

Stadtrat Hofschuster hob die ausführliche und gute Ausarbeitung des Haushaltsplans hervor und dankte dem Kämmerer und seinem Team für die geleistete Arbeit. Die Finanz- und Wirtschaftsausschüsse seien fundiert vorbereitet gewesen und alle Fragen wurden beantwortet und Anträge eingearbeitet. Er bedankte sich beim gesamten Personal der Verwaltung für die Vorbereitung und Abarbeitung der Beschlüsse. Der Haushalt der Stadt Puchheim stehe im Vergleich zu anderen Gemeinden gut dar, da stets mit einer geringen Verschuldung und hohen Rücklagen gewirtschaftet worden sei. Zahlreiche Projekte stünden nach wie vor in einem Investitionsstau, man sei hier aber auf einem guten Weg. Gerade bei den Einnahmen durch die Gewerbesteuer seien nicht alle Eventualitäten, die mit der Weltwirtschaft und -politik zusammenhängen, immer vorhersehbar. Übernommene freiwillige Aufgaben der Stadt seien in Zukunft gegebenenfalls schwer zurückzufahren, so dass stets Vorsicht geboten sei. Die Puchheimer Politik spiele im Großen zusammen und wolle die Herausforderungen der Zukunft gemeinsam angehen. Die größtenteils aus Steuereinnahmen regenerierten Einnahmen spiegelten sich nicht ausreichend in der Wirtschaftsförderung wieder. Die Fraktion begrüße, dass ihr Antrag dahingehend positiv beschlossen wurde und auch das Personal aufgestockt wurde. Für eine fundierte Wirtschaftsförderung, auch für die kleinere Puchheimer Geschäftswelt, sei hier in den Folgejahren weiterhin viel zu tun. Man wolle der Fürsorgepflicht gegenüber den Mitarbeiter der Verwaltung nachkommen und sicherstellen, dass die zahlreichen Projekte adäquat bearbeitet werden können. Er stimmte im Namen der Fraktion dem Haushalt zu.

Stadtrat Leone stimmte mit Dank an die Verwaltung seinem Vorredner zu und lobte die gute Haushaltelage. Man habe noch vor kurzem die hohe Kinder- und Jugendarmut in der Stadt Puchheim diskutiert, was die großen sozialen Unterschiede der Stadt als steuerkräftigste Kommune im Kreis zeige, die in der Zukunft eine große Herausforderung darstellten. Die erhebliche kontinuierliche Steigerung des Haushaltsvolumens falle ins Auge, wobei die Stadt Puchheim nicht über ihre Verhältnisse lebe. Die Erträge lägen weiterhin noch über den Aufwendungen. Eine neue Gewerbesteuerpolitik sei abzuwarten. Die Kommunen seien das Herz dieses Landes und müssten sich auf die Hinterbeine stellen, damit die richtigen Rahmenbedingungen für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben geschaffen werden, wie beispielsweise in der Flüchtlingspolitik oder der Bereitstellung von Kindertagesstätten. Die Personalaufwendungen würden steigen, da mehr Personal für die Verwaltung eingestellt und mehr Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden sollen. Längerfristig müsse geplant werden, die Verwaltung wieder in einem Haus zu vereinen. Die Schulden der Stadt seien im Verhältnis zu den Rücklagen gering, so dass ein Kredit aufgenommen werden könne. Ab dem Jahr 2020 gebe es keine nennenswerten Einnahmen aus Investitionstätigkeiten, was heiße, dass hier noch ein Spielraum bestünde. Die Gründung und Bereitstellung von sozialem Wohnbau sei auch weiterhin ein großes Zukunftsprojekt, das angegangen werden müsse. Man erlebe derzeit in Deutschland eine Erosion des Vertrauens der Menschen in die Politik. Vieles, was Selbstverständlich gewesen war, werde tabuisiert. Positiv sei zu erwähnen, dass die Menschen sich wieder mehr für Politik interessierten und in den neuen Medien ihre Plattformen zum Austausch gefunden hätten. Bei den Diskussionen hier fiel auf, dass genau nachgefragt werde, wofür die Steuergelder verwendet würden. Der Stadtrat stehe hier allen Bürgern stets persönlich für Fragen und Erklärungen zur Verfügung. Oft höre man auch die Kritik, dass die

Stadt nicht rechtzeitig über Aktuelles, Vorhaben oder Projekte informiere. Er wünschte sich hier regere Beteiligung an den Stadtratssitzungen. Viele Informationen erreichten die Bürger nicht, da diese andere Informationskanäle nutzten. Er wünsche sich eine breitere Öffnung der Informationskanäle. Er dankte der Kämmerei, dem Finanz- und Wirtschaftsausschuss sowie dem Stadtrat für die geleistete Arbeit und stimmte im Namen der Fraktion dem Haushalt zu.

Stadtrat Dr. Koch schloss sich den Danksagungen an, die Darstellung des Haushaltes sei sehr solide und übersichtlich. Zu bedenken sei bei Planungen, dass Fördergelder auch Steuergelder seien, die aus einer anderen Quelle kämen. Deren Einsatz dürfte daher nicht zu Übermut und Luxus führen. Er appellierte an die Verwaltung auch unter Druck sorgfältig zu arbeiten, damit kommende Generationen nicht dieselben Probleme bekommen würden wie derzeit mit den Altbeständen. Er stimmte dem gezeichneten Leitbild des Vorsitzenden für die Stadt zu. Die neu angeschaffte Kehrmaschine habe er bis jetzt nur im Zusammenhang mit dem Volksfest tätig werden sehen. Die Öffnungszeiten des Schwimmbads, insbesondere in den jetzt anstehenden Winterferien, spiegelten die Steuerkraft der Stadt nicht wieder. Viele Familien könnten nicht wegfahren und würden das geschlossene Schwimmbad nutzen wollen. Hier dürften Steuerkraft und Reichtum der Bürger nicht miteinander verwechselt werden. Die Finanzkraft als entscheidender Faktor ergebe sich nach dem Finanzausgleich, hier stünde Puchheim nach den Schlüsselzuweisungen der Gemeinden anders als bezüglich der Steuerkraft dar. Puchheim erhalte derzeit keine Schlüsselzuweisungen, es könne die Stadt jedoch hart treffen, falls negative Schlüsselzuweisungen wieder ins Gespräch kämen. Dieses Risiko müsse im Hinterkopf behalten werden. Wichtiger Informationskanal sei neben Facebook das von der Stadt selbst herausgegebene Puchheim Aktuell.

Stadtrat Dr. Sengl schloss sich den Danksagungen ebenfalls an und betonte eine gesunde Einnahmehbasis, die die hohen Investitionen trage. Vor ein paar Jahren seien derartige Zahlen noch nicht vorstellbar gewesen und verdienten eine hohe Aufmerksamkeit. Allein in der heutigen Stadtratssitzung sei eine Summe von 12,8 Millionen Euro zu beschließen. Die ganz großen Investitionen wie Schwimmbad und Stadtmitte lägen noch vor der Stadt. Im Baubereich werde alles immer teurer, so dass die Dimensionen der Verantwortung stetig wachsen würden. So wurde beispielsweise für die Grundschulerweiterung in Puchheim Ort im November ein Volumen von 7,9 Millionen bis 2021 in den Haushalt eingestellt, bereits im gestrigen Sozialausschuss lagen die Schätzungen für die Kosten bei 15- 20 Millionen Euro. Es sei weiter wichtig, dass der Stadtrat klar denke und die Übersicht über die Ausgaben behalte. Er müsse stets im Blick haben, was tatsächlich notwendig sei, ob die Planungen nachhaltig seien, welche Folgekosten entstehen könnten und welche Alternativen sich stellten. Der Stadtrat werde immer weiter hinterfragen müssen, ob die geplanten Investitionen der Stadt gerechtfertigt sind. Er stimmte im Namen der Fraktion dem Haushalt zu.

Stadträtin von Hagen bedankte sich bei allen Puchheimern, die sich im letzten Jahr sozial engagiert haben und führte aus, dass viele Projekte im Stadtrat anstünden, wie die Schwimmbadsanierung, die Planung der Stadtmitte oder die Saatkrähen. Insbesondere die Entwicklung der Vielfalt der Kinderbe-

treuungsmöglichkeiten begrüße sie, wie beispielsweise den Naturkindergarten. Auch trotz guter Haushaltsführung sei allen bekannt, dass gespart werden müsse auch wenn man damit Einzelne vor den Kopf stoßen würde. Sie stimmte im Namen der Fraktion dem Haushalt zu.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Haushaltsplan 2019, dem Stellenplan 2019 und der mittelfristigen Finanz- und Investitionsplanung für die Jahre 2020 bis 2022 zu und beschließt die Haushaltssatzung für das Jahr 2019.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 7 Bericht des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 bis 2014, Teilbericht Bauwesen; Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Hofschuster mahnte, dass kein besonderer Schaden feststellbar sei und es daher nicht angebracht sei mit dem Finger auf Einzelnes zu zeigen. Er betonte wie wichtig es sei, im Vorfeld eine gute Grundlage zu schaffen. Stadtrat Hoiß wies als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses zunächst durch ein Gedicht in Versform kritisch auf die im Prüfbericht des Bayerische Kommunale Prüfungsverband für 2010 bis 2014 festgestellten Defizite hin. Anschließend kritisierte Stadtrat Hoiß, dass laut BKPV-Bericht zur Bauverwaltung weiterhin Vorschriften nicht beachtet wurden, obwohl dies bereits in früheren Berichten durch den Prüfungsverband gerügt wurde. So seien wiederholt unerklärliche Fehler in Vergabeverfahren aufgetreten und Abschlagsrechnungen ohne Überprüfung der Leistung bezahlt worden. Beim Kinderhaus Wohnpark Roggenstein wurden Leistungen mündlich und ohne schriftliche Bestätigung abgerufen. Leistungen des Architekturbüros wurden erbracht, ohne dass ein Vertrag vorlag. Leistungsstufen wurden ohne Beauftragung durchgeführt und Vertragsinhalte und Dokumentation der Pflichten fehlten überwiegend. Auch habe keine Haftpflichtversicherung des Planers vorgelegen. Die Vergabedokumentation habe gänzlich gefehlt, ebenso sei kein Bautagebuch geführt worden. Rechnerische Nachprüfungen seien wegen fehlender Nachweise nicht möglich gewesen. Beim Kinderhaus Süd sei die Objektplanung durchgeführt worden, ohne dass ein vollständiges Raumprogramm vorgelegen habe. Als schwerwiegender Fehler einzuordnen sei, dass ein Vertragsabschluss erst nach Leistungserbringung erfolgt ist. Honorar-Abrechnungen wichen vom Vertrag ab und wurden anstandslos bezahlt, darüber hinaus seien weitere nicht vertragsgerechte Abrechnungen als auffällig benannt worden. Der Vergabeverstoß wegen Nichtbeachtung des Transparenz- und Gleichbehandlungsgesetzes sei nicht nachvollziehbar. Für die Photovoltaik-Anlage sei keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung durchgeführt worden. Auch der Rechnungsprüfungsausschuss habe weitere, zahlreiche grundlegende Positionen beanstandet, so dass die insgesamt aufgezeigten Mängel eine wenig erfreuliche Leistung von Teilen der Verwaltung darstellen. Frau Schmeiser sicherte zu, dass die Ver-

waltung bereits Richtlinien zur Dokumentation ausgearbeitet habe, um die Anmerkungen zukünftig sorgfältig zu beachten und VOB -konform abzuwickeln. Stadtrat Pürkner bat darum, falls eine vertiefte Diskussion gewünscht sei, diese in den nicht-öffentlichen Teil zu verlegen. Die entsprechende Stellungnahme der Verwaltung sei hier nicht umfassend genug. Der Vorsitzende erläuterte, dass ein Fehlerbewusstsein bei der Verwaltung bestünde. Die gerügten Fehler seien hauptsächlich Dokumentationsfehler, die Verwaltung versuche in ihren personellen Möglichkeiten alles nach Recht und Gesetz umzusetzen. Aufgrund der umfangreichen Tätigkeiten könnten sich auch leicht kleinere Fehler einschleichen. Die Mahnung, dass man sich im Verzug befinde, sei gerechtfertigt und an der richtigen Stelle eingebracht. Die Jahresabschlüsse und die Rechnungsprüfung müssten jetzt bald vorgelegt werden. Man nehme die Kritik gerne als Ansporn an.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Bericht über die überörtliche Prüfung der Jahresrechnungen und Jahresabschlüsse 2010 bis 2014 Prüfungsgebiet Bauwesen vom 06.02.2018 und die Stellungnahme der Verwaltung hierzu vom 10.12.2018 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 8 Kinderhaus II Wohnpark Roggenstein, hier: Kostensituation

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein, die bereits im Ausschuss für Städtische Bauten vorberaten worden sei. Aufgrund der Wichtigkeit müsse man sich für die nächste Geschäftsordnung eine größere Besetzung des Ausschusses überlegen, um Entscheidungen im Stadtrat bestens vorbereiten zu können. Stadtrat Keil mahnte, aufgrund der Tendenz zu Kostensteigerungen und der zahlreichen geplanten Bauprojekte über mögliche Hilfestellungen aus der Privatwirtschaft nachzudenken. Man ziehe die Kommunen über den Tisch, wenn sich Projekte in kurzer Zeit um das Fünffache verteuerten. Er bot persönliche Hilfe und Unterstützung diesbezüglich an. Der Vorsitzende antwortete, dass Hinweise auf Katastrophen leicht zu erwähnen wären. Das Angebot sich begleiten zu lassen, nehme man gerne an. Die Verwaltung sei ebenfalls stets über Teuerungen entsetzt, ein Generalverdacht, dass man über den Tisch gezogen werde, müsse jedoch empirisch belegt werden. Die Kostensteigerungen könne man begründen, da es keine günstigeren Angebote auf dem Markt gebe. Das Problem sei ernst zu nehmen, allerdings sehe er wenige Instrumente wie man hier der Entwicklung im Münchner Umfeld gegensteuern könnte. Stadträtin von Hagen erkundigte sich, ob die Beträge aus der Beschlussvorlage nun tatsächlich endgültig seien, oder ob hier noch mit weiteren Preisanhebungen zu rechnen sei. Das Projekt habe sich zu einem Fass ohne Boden entwickelt. Stadträtin Winberger ergänzte, dass trotz Projektsteuerer bei den Bauvorhaben an der Grundschule am Gernerplatz Kostensteigerungen in Höhe von einer Millionen Euro nicht in den Griff bekommen wurden. Grund hierfür seien unter anderem gesetzliche Änderungen gewesen. Unvorhergesehenes könne bei Bauprojekten

immer auftauchen. Stadtrat Hofschuster pflichtete dem bei, entsprechende Kostensteigerungen gebe es auch bei privaten Bauvorhaben. Er bat darum ihm die Nachtragskalkulationen zur Bauzeitenverschiebung nachträglich zu erläutern. Ebenso erkundigte er sich, wie sich die aufgeführte Position der Laubendächer und Vordächer mit 133.000,00 Euro mehr erklären ließe und ob hier eine Änderung zu den Ausschreibungsvorgaben erfolgte, über die abgestimmt hätte werden müssen. Ein weiterer unklarer Punkt seien die im Leistungsverzeichnis aufgeführten zusätzlichen Kosten zu den „runden Ecken“. Hier müsse hinterfragt werden, ob die nach außen gegebenen Leistungen zur Erstellung des Leistungsverzeichnisses denn korrekt seien. Frau Westmeier-Dilig erläuterte, dass in der Beschlussvorlage Nachträge aufgeführt seien, die noch nicht geprüft worden, wobei einer dieser Punkte zu den „runden Ecken“ sei. Damit sei der Betrag in der angegebenen Höhe noch nicht frei gegeben. Es sei derzeit nicht sicher, ob hier ein Fehler im Leistungsverzeichnis vorläge. Dies sei noch zu prüfen. Den Nachtrag zu den Fertigteilen habe sie heute zurückbekommen. Bei diesem wurden Mehrkosten gegengerechnet die dann aus dem Leistungsverzeichnis herausgenommen werden müssten. Der Betrag wurde von 92.000,00 Euro auf 5.000,00 Euro heruntergekürzt. Die Bauzeitenverschiebung sei noch nicht geprüft worden, sie sei aufgrund der Unvorhersehbarkeit der Beprobungsergebnisse nicht vorhersehbar. Die Entsorgung durch die Baufirma selbst wäre um einiges teurer gewesen, als selbst ein Leistungsverzeichnis zu erstellen. Man sei stets bemüht die Kosten im Rahmen zu halten. 80 Prozent der Leistung seien ausgeschrieben, man hoffe, dass die noch ausstehenden Ausschreibungen im Rahmen blieben. Einen Puffer habe man in die Beschlussvorlage bereits eingerechnet.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und stimmt der Kostenerhöhung in Höhe von ca. 1.500.000,- € zu. Die Gesamtkosten erhöhen sich somit von 7.100.000,- € auf 8.600.000,- €.

Abstimmungsergebnis: Ja 27 Nein 3 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 9 Bürgerpark Kennedywiese; Detailplanung Kostenfortschreibung

Stadträtin von Hagen bat darum bei der Bepflanzung auf die Vogelbeerensträucher zu verzichten. Der Vorsitzende sicherte dies zu. Stadtrat Dr. Sengl erkundigte sich, wie hoch die Bezuschussung sei, und ob diese sich bei Kostensteigerungen anteilig erhöhe. Der Vorsitzende antwortete, dass die Förderungssumme mit 850.000,00 Euro angesetzt sei. Frau Schmeiser erläuterte, dass dies der höchste mögliche Förderbetrag sei. Hierbei komme es auch darauf an, ob alle konkreten Projekte dann auch tatsächlich gefördert werden würden. Im Wesentlichen seien die Kosten mit der Förderung abgedeckt. Stadtrat Burkhart erfragte, wieviel Pufferspielraum für das Projekt eingerechnet wurde. Frau Schmeiser antwortete, dass das Fachbüro möglichst seriös anhand der Marktlage geschätzt habe. Was die

Ausschreibung ergebe, wisse man derzeit nicht. Stadtrat Dr. Sengl wies auf die Beschlussvorlage hin, in der auf mögliche unvorhergesehene Kosten hingewiesen werde.

Beschluss

Der Stadtrat genehmigt die Umsetzung der im Ausschuss städtische Bauten vorgestellten Planungen entsprechend dem Beratungsergebnis und erweitert die Projektgenehmigung auf 1.357.030,01 €. Da Haushaltsmittel nicht in ausreichendem Umfang im Haushalt 2019 eingestellt sind, werden die noch benötigten Haushaltsmittel in Höhe von ca. 400.000 € über Haushaltsreste bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 10 Mittelschule Nebengebäude – Sanierung Kellergeschoss

Der Vorsitzende führte in die Beschlussvorlage ein, die im Ausschuss für städtische Bauten vorberaten worden sei. Stadtrat Hofschuster bat über den Fortgang der Geltendmachung der Schadensersatzansprüche zu informieren. Stadtrat Dr. Koch wies darauf hin, dass wenn früher über die Schwierigkeiten informiert worden wäre, viele seiner Anfragen obsolet gewesen wären. Herr Schützeneder erläuterte, dass die Schadensersatzforderungen gegenüber der verursachenden Firma erhoben werden, wenn die Schadenshöhen anhand von ersten Rechnungen kalkulierbar sind. Im Vorfeld habe man mit den Firmen und deren Versicherern keine Einigung finden können. Die Untersuchungen und daraus ergebenden Erkenntnisse hätten sich nur schrittweise entwickelt, so dass das Gesamtbild des Vorgangs erst jetzt kommuniziert werden konnte. Der Vorsitzende ergänzte, dass aufgrund des Schadensereignisses ein mangelhafter Baustandard zutage getreten sei, die Sanierung müsse man nun weiterverfolgen.

Beschluss

Der Stadtrat nimmt den Vortrag zur Kenntnis und erteilt die Genehmigung der Sanierung des Kellergeschosses in Höhe von ca. 1.47 Mio. Euro.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 11 Schulzentrum Gernerplatz; Erneuerung der Schließanlage

Stadträtin Ponn erkundigte sich, ob die gesamte Schulanlage von dem Beschluss erfasst sei, was von Herrn Schützeneder bejaht wurde. Stadtrat Pürkner erfragte den Grund für die Erneuerung und ob bei Schlüsselverlusten Schadenersatzansprüche geprüft worden seien. Herrn Schützeneder antwortete, dass in der Schulanlage ein Konglomerat an verschiedenen Schlüsseln entstanden sei und im Zuge des Neubaus der Grundschule eine einheitliche elektromechanische Schließanlage eingebaut werden solle. Verschiedene Schließsysteme seien im Ausschuss für städtische Bauten eingehend vorgestellt worden.

Beschluss

Der Stadtrat stimmt der Vergabe des Gewerks elektronische Schließanlage an den wirtschaftlichsten Bieter Firma ESS-Systeme GmbH & Co.KG, Miesbacher Str. 29, 83620 Feldkirchen-Westerham, unter Vorbehalt der abschließenden Prüfung zu einem Gesamtpreis von 103.432,24 € brutto zu.

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 12 Umgestaltung des Restaurants im PUC: Projektgenehmigung

Stadträtin Fruhner- Weiß gab zu Bedenken, ob die Decke im PUC gedämmt werden könne, um die Akustik im Restaurantbereich zu verbessern. Der Vorsitzende antwortete, dass die Theke mit einem Segel zum Schallbruch ausgestaltet worden sei, da die Deckengestaltung dem architektonischen Urheberrecht unterlegen würde. Wenn man die Zwischenwand als Dämmung benutzen wollen würde, müsse diese aufgebrochen und neu errichtet werden, was nicht verhältnismäßig sei. Stadtrat Dr. Sengl erkundigte sich welche Vereinbarungen mit dem Kulturamt und dem Restaurantpächter getroffen worden seien, um einen Erfolg der Pacht zu unterstützen, insbesondere wie man sich eine Kooperation vorstelle. Weiter erfragte er, ob es nur einen Bewerber oder auch noch andere Interessenten gegeben habe oder ob noch weitere Interessenten für das Konzept hinzugezogen werden könnten. Stadträtin Kamleiter erinnerte daran, dass das Konzept auf mehreren Säulen begründet sei, wobei die Kultur den Mittelpunkt bilde. Sie bemängelte, dass die Mitarbeit von Herr Kaller bei den bisherigen Arbeitskreisen verhalten gewesen sei. Es habe eine Bewerbung vorgelegen, die Hand und Fuß habe. Man habe sich bemüht, die vorgegebenen Kosten einzuhalten, was auch gelungen sei. Herr Heitmeir erklärte, dass Mitarbeiter der Stadt Puchheim dem Direktionsrecht unterlägen. Der Pachtvertrag müsse noch ausgearbeitet werden. Da man noch keinen Pächter habe, sei es schwierig eine konkrete Kooperationsvereinbarung vorzulegen. Die Verwaltung suche neben den Beratern weiter intensiv neue Bewerber und spreche auch mit verschiedenen Brauereien. Die Terrasse sei laut Beschlussvorlage nicht Teil der Umgestaltung. Das PUC solle für den Umbau nicht geschlossen werden, bei einer

Aufschiebung des Beschlusses würde sich der Zeitplan verschieben. Die Umgestaltung sei ein großer Schritt der angegangen werden müsste. Stadtrat Wuschig erinnerte daran, dass er schon immer Zweifel an dem Konzept geäußert habe. Die Vorgehensweise, erst die hohen Investitionen zu tätigen und dann einen Pächter zu suchen, sei nicht tragbar. Weiter erkundigte er sich welcher weitere Handlungsbedarf bezüglich der Terrasse zu erwarten sei. Stadträtin Fruhner- Weiß erfragte, ob es nicht so sei, dass erst ein Pächter gesucht werde, mit dem dann die Investitionen besprochen würden. Herr Heitmeier antwortete, dass diese zwei angesprochenen Schritte parallel verfolgt würden. Man plane und suche einen Pächter, wobei das Grundkonzept das des Verpächters sei. Der Vorsitzende schlug vor, den Beschluss zurückzustellen. Er gab zu bedenken, dass eine Vertagung dann auch zu einer späteren Bewirtschaftung führen würde. Stadträtin Ponn ergänzte, dass darüber gesprochen worden sei Herrn Kaller mehr einzubinden. Sie erkundigte sich, ob die Bauphase tatsächlich im Mai schon beendet sein werde. Der Vorsitzende sicherte dies nach bisherigem Terminplan zu. Stadträtin Sippel erinnerte an den Arbeitskreis, der diesbezüglich schon lange tage. Das Gesamtkonzept sei laut Einschätzung des Arbeitskreises sehr gut, man müsse hier auch auf den Arbeitskreis vertrauen und die Fraktionen müssten sich über die Besprechungen informieren. Stadträtin von Hagen wies darauf hin, dass Herr Kaller ihres Erachtens eine gute Zusammenarbeit in Aussicht gestellt habe. Stadtrat Dr. Sengl stellte einen Antrag auf Vertagung, da ein Bewerber noch nicht festgestellt worden sei. Damit seien die notwendigen Vereinbarungen noch nicht getroffen, so dass dieser dann noch zurücktreten könne und die Investitionen daher noch nicht freigegeben werden konnten.

Beschluss

Der Stadtrat verträgt den Tagesordnungspunkt Ö 12 Umgestaltung des Restaurants im PUC: Projektgenehmigung.

Abstimmungsergebnis: Ja 19 Nein 11 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 13 Vergabe der Anmietung und Wartung von Drucker- und Kopiersystemen für die Stadtverwaltung

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Der Stadtrat beschließt die Vergabe des Auftrags Anmietung und Wartung von 89 Drucker- und Kopiersystemen für die Stadt Puchheim für den Vertragszeitraum 01.03.2019 bis 28.02.2023 an die Fischer

Business Technology GmbH, Gut Keferloh 1, 85630 Grasbrunn, zum Angebotsnettopreis von 180.655,20 Euro über die gesamte Laufzeit (Gesamtkosten monatlich 3.763,65 netto).

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 14 Erlass einer Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage in der Stadt Puchheim

Der Stadtrat fasste ohne Diskussion folgenden

Beschluss

Die Stadt Puchheim erlässt die beiliegende Verordnung über die Freigabe verkaufsoffener Sonntage in der Stadt Puchheim

Abstimmungsergebnis: Ja 30 Nein 0 Anwesend 30 Befangen 0

TOP 15 Mitteilungen und Anfragen

Stadtrat Dr. Sengel erkundigte sich bezüglich des geplanten Vorgehens der Verwaltung wegen dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“. Er bat um benutzerfreundliche Öffnungszeiten um den Bürgern Gelegenheit zu geben sich hier einzutragen. Herr Tönjes erläuterte kurz den Planungsstand zu den erweiterten Öffnungszeiten. Die Bürgerschaft werde entsprechend informiert werden. Stadtrat Hofschuster bat darum im nächsten Jahr keinen Plastikchristbaum aufzustellen. Stadträtin Strobl-Viehauser ersuchte, die künftigen Stadtratssitzungen nicht mit so zahlreichen verschiedenen Themen zu planen.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche Sitzung des Stadtrates um 22:35 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Katharina Bock

Erster Bürgermeister